

Verkündungsblatt 27|2016

Ausgabedatum 16.12.2016

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Entgeltregelung für das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen	Seite 2
Änderung der Promotionsordnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät	Seite 3
Änderung der Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät	Seite 7

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

C. Hochschulinformationen

Der Rat der Leibniz School of Education der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 16.11.2016 die nachstehende Entgeltregelung für das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen beschlossen. Das Präsidium hat die Entgeltregelung auf seiner Sitzung am 07.12.2016 gemäß § 13 Abs. 9 NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Entgeltregelung für das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen

Gemäß Ziff. 2.1.3 der Entgelt- und Gebührenordnung der Leibniz Universität Hannover (Verkündungsblatt der Universität Hannover vom 23.07.2015, S. 235) wird für das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen folgende Entgeltregelung getroffen.

§ 1

- (1) Studierende des Zertifikatsprogramms für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen haben ein Entgelt in Höhe von 250,00 Euro für jedes an der Leibniz Universität Hannover zu verbringende Semester zu zahlen. Das Entgelt muss zusätzlich zum Semesterbeitrag entrichtet werden und wird zusammen mit diesem fällig.
- (2) Die ab Wintersemester 2016/2017 immatrikulierten Studierenden des Masterstudienganges Lehramt an berufsbildenden Schulen zahlen, abweichend von Absatz 1, für das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen ein Entgelt in Höhe von 50,00 Euro je Semester.
- (3) In Härtefällen i. S. von Ziff. 2.2.4 der Entgeltordnung der Leibniz Universität Hannover und in Bezug auf § 14, Abs. 2, Satz 1 NHG, kann das Entgelt auf Antrag auf die Hälfte reduziert werden. Der Antrag ist mit der Bewerbung für das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen oder in einem höhere Fachsemester zur Rückmeldung einzureichen und ist kein Kriterium bei der Aufnahme in das Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen.

§ 2

- (1) Ein Rücktritt von der Teilnahme am Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen ist vor oder innerhalb eines Monats nach dem Vorlesungsbeginn möglich. Der Rücktritt ist schriftlich zu erklären. In diesem Fall wird das bereits gezahlte Entgelt zurückerstattet.
- (2) Wird der Rücktritt zu einem späteren Termin erklärt, verfällt das Entgelt.

§ 3

Die an dem Zertifikatsprogramm für das Zweite Unterrichtsfach im Lehramt an berufsbildenden Schulen beteiligten Fakultäten der Leibniz Universität Hannover können jederzeit eine Anpassung der Höhe des Entgelts für Bewerberinnen und Bewerber mit Wirkung für das jeweils übernächste Semester beschließen.

§ 4

Diese Entgeltregelung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Der Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 02.11.2016 die nachfolgende geänderte Promotionsordnung beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 23.11.2016 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Promotionsordnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (Fakultät) hat gemäß der Grundordnung der Universität die folgende Promotionsordnung erlassen.

§ 1 Akademische Grade

- (1) Die Fakultät verleiht in einem ordentlichen Promotionsverfahren den akademischen Grad „Doktor bzw. Doktorin der Wirtschaftswissenschaften (Dr. rer. pol.)“.
- (2) Als seltene Auszeichnung verleiht die Fakultät in einem Ehrenpromotionsverfahren den akademischen Grad „Doktor bzw. Doktorin der Wirtschaftswissenschaften honoris causa (Dr. rer. pol. h. c.)“.

§ 2 Promotionsleistungen

¹Promotionsleistungen sind eine in deutscher oder englischer Sprache verfasste wirtschaftswissenschaftliche Abhandlung (Dissertation) und ihre mündliche Verteidigung (Disputation). ²Die Dissertation kann eine gemeinschaftliche Forschungsarbeit sein, sofern sich die einzelnen Beiträge abgrenzen und getrennt bewerten lassen.

§ 3 Promotionskollegium

- (1) ¹Mitglieder des Promotionskollegiums sind die Mitglieder der Hochschullehrergruppe und die übrigen habilitierten Mitglieder und Angehörigen der Fakultät. ²Diese gehören dem Promotionskollegium nach ihrem Ausscheiden aus der Fakultät noch zwei Jahre lang an.
- (2) Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleiter, welche auf Grund eines externen Evaluationsverfahrens durch eine Forschungsförderungseinrichtung, insbesondere durch das Emmy Noether-Programm der DFG, die Volkswagenstiftung, das European Research Council oder durch gleichrangige Organisationen gefördert werden, können auf Beschluss des Fakultätsrats in das Promotionskollegium aufgenommen werden.

§ 4 Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Die Zulassung zur Promotion setzt in der Regel ein erfolgreich abgeschlossenes Diplom- oder Masterstudium mit Prädikatsexamen im Fachgebiet der Promotion an einer anerkannten Hochschule in Deutschland voraus.
- (2) Der Fakultätsrat kann die Zulassung beschließen und an Auflagen binden, wenn der in Abs. 1 genannte Grad in einem anderen Fachgebiet oder im Ausland erworben wurde; im letzteren Fall entscheidet der Fakultätsrat unter Berücksichtigung der von der Kultusministerkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen.
- (3) In besonderen Fällen kann der Fakultätsrat die Zulassung beschließen, wenn der in Abs. 1 genannte Grad ohne Prädikatsexamen erworben wurde.
- (4) ¹Der Fakultätsrat kann Personen, denen in Deutschland ein Bachelorgrad verliehen wurde, bei herausragender Befähigung aufgrund einer Eignungsfeststellung durch ein persönliches Gespräch mit dem vorschlagenden Mitglied des Promotionskollegiums nach § 5 und zwei weiteren vom Dekanat bestimmten Mitgliedern des Promotionskollegiums über die bisherige wissenschaftliche Arbeit zur Promotion zulassen. ²Die Zulassung kann an Auflagen gebunden werden, die innerhalb von zwei Semestern den Erwerb von bis zu 30 ECTS aus dem Studienangebot für den Master Wirtschaftswissenschaft an der Fakultät vorschreiben. ³Die Frist kann einmalig verlängert werden. ⁴Näheres dazu regelt und entscheidet der Fakultätsrat.

§ 5 Annahme zur Promotion

- (1) Mit der Annahme als Doktorandin oder Doktorand wird die grundsätzliche Bereitschaft der Fakultät ausgedrückt, die Doktorandin oder den Doktoranden bei der Erstellung einer Dissertation über das beabsichtigte Thema zu betreuen und ein Promotionsverfahren durchzuführen.
- (2) ¹Die Annahme zur Promotion erfolgt auf Vorschlag eines Mitglieds des Promotionskollegiums. ²Dem Vorschlag sind ein Lebenslauf mit Angaben über den Bildungsgang, beglaubigte Zeugnisse über das Studium und eine Betreuungsvereinbarung gemäß Anlage beizufügen.
- (3) Das Dekanat beschließt die Annahme, wenn die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 4 erfüllt sind.
- (4) ¹Die Annahme zur Promotion wird auf Antrag der bzw. des Angenommenen zurückgenommen. ²Die Annahme kann außerdem aus triftigen Gründen widerrufen werden, insbesondere wenn Pflichten der Betreuungsvereinbarung durch die Doktorandin oder den Doktoranden schwerwiegend verletzt wurden. ³Sie erlischt nach Ablauf von sechs Jahren und kann in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag verlängert werden.

§ 6 Eröffnung des Promotionsverfahrens

- (1) Das Dekanat eröffnet das Verfahren auf Antrag, dem folgende Nachweise und Anlagen beizufügen sind:
1. Drei gebundene Exemplare der Dissertation, eine elektronische Version sowie ein Schriftenverzeichnis;
 2. der Nachweis über die Annahme gemäß § 5;
 3. Nachweise über einen in der Regel 30minütigen wissenschaftlichen Vortrag an der Fakultät sowie einen weiteren Vortrag auf einer auswärtigen wissenschaftlichen Tagung;
 4. eine Erklärung über anderweitige Promotionsversuche;
 5. eine Versicherung, dass die Dissertation selbständig ohne Hilfe Dritter verfasst wurde, alle verwendeten Quellen und Hilfsmittel angegeben wurden und Stellen, die den Schriften anderer Autoren entnommen wurden, also solche kenntlich gemacht sind;
 6. Vorschläge für die Zusammensetzung der Prüfungskommission.
- (2) ¹Zusammen mit der Eröffnung setzt das Dekanat aus dem Kreis der Mitglieder des Promotionskollegiums eine Prüfungskommission mit drei oder fünf stimmberechtigten Mitgliedern ein. ²Zwei Mitglieder erstellen je ein Gutachten über die Dissertation, ein weiteres Mitglied übernimmt den Vorsitz der Prüfungskommission. ³Abweichend von Satz 1 darf eine Minderheit der Mitglieder der Prüfungskommission einer anderen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder einer anderen Hochschule oder einer gleichgestellten ausländischen Hochschule angehören.
- (3) Ein promoviertes Mitglied der Mitarbeitergruppe, das von den Vertretern der Mitarbeitergruppe im Fakultätsrat benannt wird, gehört der Prüfungskommission mit beratender Stimme an.

§ 7 Gutachten und Voten

- (1) ¹Die Gutachten sind binnen drei Monaten zu erstellen. ²Darin ist die Dissertation, gegebenenfalls mit Auflagen, unter Verwendung folgender Notenstufen zu bewerten: Summa cum laude (mit Auszeichnung), magna cum laude (sehr gut), cum laude (gut), rite (bestanden), non sufficit (nicht bestanden).
- (2) ¹Das Dekanat legt die Dissertation und die Gutachten vier Wochen lang zur Einsichtnahme für die Mitglieder der Prüfungskommission und des Promotionskollegiums aus. ²Innerhalb der Einsichtsfrist kann jedes Mitglied des Promotionskollegiums ein schriftliches begründetes Votum zur Annahme, Ablehnung oder Bewertung der Dissertation abgeben.

§ 8 Entscheidung über die Dissertation

- (1) Die Dissertation ist angenommen, wenn sie in beiden Gutachten mit mindestens „rite“ bewertet wurde und kein ablehnendes Votum gemäß § 7 Abs. 2 vorliegt.
- (2) Die Dissertation ist abgelehnt, wenn sie in beiden Gutachten mit „non sufficit“ bewertet wurde.
- (3) ¹In den übrigen Fällen entscheidet die Prüfungskommission über die Annahme der Arbeit. ²Zur Vorbereitung der Entscheidung kann sie weitere Gutachten einholen.
- (4) Sofern die Annahme nach § 7 Abs. 1 mit Auflagen empfohlen wurde, entscheidet die Prüfungskommission über die zu erfüllenden Auflagen.

§ 9 Disputation

- (1) ¹Nach Annahme der Dissertation findet die Disputation statt. Zu dieser wird mit einer Frist von mindestens 14 Tagen eingeladen. ²Wird dieser Termin ohne triftige Gründe versäumt, gilt die Disputation als nicht bestanden.
- (2) ¹Die Disputation dauert in der Regel bis zu zwei Stunden und wird in deutscher oder englischer Sprache geführt. ²Die Disputation ist hochschulöffentlich; dies gilt nicht für die Beratung des Ergebnisses.
- (3) ¹Im Anschluss an die Disputation entscheidet die Prüfungskommission über das Bestehen der Disputation. ²Eine nicht bestandene Disputation kann auf Antrag, der binnen sechs Monaten zu stellen ist, wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. ³Die Disputation ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung nicht bestanden wird oder als nicht bestanden gilt oder wenn der Antrag auf Wiederholung nicht fristgerecht gestellt wird.

§ 10 Abschluss des Promotionsverfahrens

- (1) ¹Bei angenommener Dissertation und bestandener Disputation entscheidet die Prüfungskommission unter Berücksichtigung der Gutachten und Voten sowie der Leistung in der Disputation über das Gesamtprädikat der Promotion. ²Dabei sind die Notenstufen gemäß § 7 Abs. 1 zu verwenden. ³Das Dekanat fertigt unverzüglich eine Bescheinigung über die bestandene Promotion aus, die den Hinweis enthält, dass der Dokortitel erst nach Ablieferung der Pflichtexemplare geführt werden darf.
- (2) Bei abgelehnter Dissertation oder endgültig nicht bestandener Disputation ist die Promotion insgesamt nicht bestanden.
- (3) In beiden Fällen ist das Promotionsverfahren abgeschlossen, und es besteht das Recht auf Akteneinsicht.

§ 11 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) ¹Nach Abschluss des Promotionsverfahrens ist die Dissertation in der vom Dekanat genehmigten Fassung zu veröffentlichen. ²Das Dekanat entscheidet über die Erfüllung etwaiger Auflagen gemäß § 8 Abs. 4.
- (2) ¹Von jeder Dissertation sind Pflichtexemplare an die Fakultät und die Universitätsbibliothek abzuliefern. ²Die Pflichtexemplare sind mit einem Titelblatt nach amtlichem Vordruck zu versehen. ³Für die Veröffentlichung der Dissertation, insbesondere eine Veröffentlichung in elektronischer Form, sowie für die Anzahl der Pflichtexemplare gelten die vom Senat der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover beschlossenen allgemeinen Bestimmungen.
- (3) ¹Die Pflichtexemplare sind innerhalb eines Jahres nach Bestehen der Disputation abzuliefern; das Dekanat kann diese Frist auf begründeten schriftlichen Antrag verlängern. ²Bei Fristversäumnis gehen die durch das Verfahren erworbenen Rechte verloren.
- (4) ¹Nach Ablieferung der Pflichtexemplare wird die Promotion durch Aushändigung einer von Präsidium und Dekanat unterzeichneten Urkunde vollzogen. ²Diese enthält den verliehenen akademischen Grad und das Gesamtprädikat der Promotion.

§ 12 Entziehung des Doktorgrades

- ¹Ein bereits verliehener Doktorgrad kann durch Rücknahme oder Widerruf entzogen werden. ²Die Entziehung des Doktorgrades richtet sich nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen unter Anwendung der Ordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis.

§ 13 Gemeinsame Verfahren mit anderen Hochschulen

- (1) Die Durchführung von gemeinsamen Verfahren mit einer oder ggf. mehreren anderen Hochschulen im In- und Ausland erfolgt auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover unter der Beteiligung der zuständigen Fakultät und der betreffenden Hochschule bzw. den betreffenden Hochschulen.
- (2) Vereinbarungen, die die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover mit anderen Hochschulen über gemeinsame Promotionsverfahren trifft, können von den §§ 1 bis 10 abweichen.

§ 14 Ehrenpromotion

- (1) ¹Für hervorragende wissenschaftliche Leistungen oder besondere persönliche Verdienste ideeller Art kann die Fakultät mit Zustimmung des Senats eine Ehrenpromotion durchführen. ²Die zu ehrende Person darf nicht Mitglied der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sein.
- (2) ¹Der Antrag auf Ehrenpromotion ist von mindestens fünf Mitgliedern des Promotionskollegiums zu stellen und zu begründen. ²Er ist allen Mitgliedern des Promotionskollegiums zur Stellungnahme zuzuleiten.
- (3) Über die Ehrenpromotion entscheidet der Fakultätsrat frühestens vier Wochen nach Antragstellung mit einer Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder.
- (4) Die Ehrenpromotion wird durch Überreichung einer von Präsidium und Dekanat unterzeichneten Urkunde vollzogen.
- (5) Für die Aufhebung dieser Ehrung gelten die Ehrenordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und § 12 sinngemäß.

§ 15 Übergangs- und Schlussbestimmungen

¹Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Promotionsordnung getroffen werden, sind schriftlich bekanntzugeben, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Für die Rücknahme oder den Widerruf von Verwaltungsakten nach dieser Promotionsordnung gelten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. ³Personen, die erstmalig vor dem 1. Januar 2017 zur Promotion angenommen wurden, müssen den Nachweis über einen Vortrag auf einer auswärtigen wissenschaftlichen Tagung (§ 6 Abs. 1 Nr. 3) nicht führen.

§ 16 Inkrafttreten

¹Diese Promotionsordnung wird nach der Genehmigung durch das Präsidium im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover bekanntgemacht. ²Sie tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 19.10.2016 die nachfolgende geänderte Promotionsordnung beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 14.12.2016 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) NHG genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

**Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät
der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
für die Verleihung des Grades einer Doktorin oder eines Doktors
der Philosophie (Dr. phil.)**

**§ 1
Allgemeines**

- (1) Die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover verleiht durch die Philosophische Fakultät den Grad einer Doktorin oder eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) für wissenschaftliche Fachgebiete, die in einem an der Fakultät bestehenden Studiengang gelehrt werden.
- (2) Die Promotion weist die Befähigung zu vertiefter selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit nach. Sie besteht aus einer wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation) und einer mündlichen Prüfung (Disputation) im Fachgebiet der Dissertation. Die Promotion kann Abschluss eines Promotionsstudiums sein. In diesem Fall gilt zusätzlich zu dieser Promotionsordnung die Prüfungsordnung des Promotionsstudiengangs.

**§ 2
Mitwirkung am Verfahren**

Am Promotionsverfahren wirken mit:

- a) das Dekanat und die Promotionskommission der Philosophischen Fakultät, Professorinnen und Professoren sowie Privatdozentinnen und Privatdozenten der Philosophischen Fakultät, soweit diese regelmäßig von ihrer Lehrbefugnis Gebrauch machen;
- b) Professorinnen und Professoren der Philosophischen Fakultät, die einen Ruf an eine andere Hochschule angenommen haben, können bis zu drei Jahren nach ihrem Ausscheiden zur Erstgutachterin oder zum Erstgutachter bestimmt und als Erstgutachterin bzw. Erstgutachter zum Mitglied der Prüfungskommission ernannt werden. Professorinnen und Professoren im Ruhestand bzw. Emeriti können grundsätzlich die Betreuung eines Promotionsverfahrens übernehmen. Liegt der Zeitpunkt des Ausscheidens länger als drei Jahre zurück, bedarf die Übernahme eines Betreuungsverhältnisses der Zustimmung der Promotionskommission.
- c) auf Antrag können auch habilitierte Angehörige anderer Hochschulen als Zweitgutachterinnen bzw. Zweitgutachter bestellt werden.
- d) in fachlich begründeten Fällen eine promovierte Expertin oder ein promovierter Experte, die oder der durch die Promotionskommission für die Betreuung zugelassen werden kann; Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleiter, welche aufgrund eines externen Evaluationsverfahrens durch eine Forschungsförderungseinrichtung, insbesondere durch das Emmy Noether Programm der DFG, die VW-Stiftung, das ERC oder durch vergleichbare Organisationen gefördert werden; sie werden in Bezug auf die Promotionsberechtigung, d. h. die Betreuung von Promovendinnen und Promovenden, den Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren der Philosophischen Fakultät gleichgestellt;
- e) der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät bei der Wahl der Promotionskommission;
- f) die Promotionskommission bei der Entscheidung über die Zulassung zur Promotion; die Promotionskommission bei der Zulassung zur Promotion in solchen Fällen, in denen der oder die Beantragende nicht über einen qualifizierten Abschluss einer Universität der Bundesrepublik Deutschland oder einer Universität vergleichbaren Hochschule verfügt; bei der Bestimmung der Gutachterinnen und Gutachter; bei der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Dissertation sowie bei der Einsetzung der Prüfungskommission;
- g) die Prüfungskommission bei der Disputation.

§ 3

Gemeinsame Promotion mit in- und ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen

- (1) Das Promotionsverfahren kann gemeinsam mit in- und ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen durchgeführt werden, wenn
 - a) die Promovendin oder der Promovend die Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsverfahren an der Philosophischen Fakultät erfüllt;
 - b) die in- bzw. ausländische Einrichtung nach den jeweiligen Rechtsvorschriften das Promotionsrecht besitzt und der von ihr zu verleihende akademische Grad im Gültigkeitsbereich des Hochschulrahmengesetzes anzuerkennen wäre.
- (2) Die Durchführung des gemeinsamen Promotionsverfahrens soll für den Einzelfall oder generell zwischen den beteiligten Fächern oder Fakultäten geregelt werden. Die vertraglichen Regelungen gelten neben den Bestimmungen dieser Promotionsordnung. Bei ihrer Vereinbarung sind für Anforderungen und Verfahren zur Sicherstellung der Gleichwertigkeit die Regelungen der Promotionsordnung zu berücksichtigen.
- (3) Binational betreute Promotionsverfahren sind grundsätzlich möglich. Wenn sie im Cotutelle-Verfahren durchgeführt werden sollen, gelten die in der Anlage zu dieser Promotionsordnung niedergelegten Regelungen.

§ 4

Promotionskommission

- (1) Die Promotionskommission wird von den Statusgruppen im Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät gewählt. Sie besteht aus fünf Vertreterinnen oder Vertretern der Professorinnen und Professoren im Sinne der Promotionsordnung, der oder dem Vorsitzenden, zwei Vertreterinnen oder zwei Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer Vertreterin oder einem Vertreter der Studierenden sowie einer angemessenen Zahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern. Die Vertreterinnen oder Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben nur Stimmrecht, wenn sie promoviert sind; die Vertreterin oder der Vertreter der Studierenden wirkt mit beratender Stimme mit. Die Forschungsdekanin bzw. der Forschungsdekan der Philosophischen Fakultät leitet ohne Stimmrecht die Sitzung. Die Leitung kann auch von einer oder einem von den stimmberechtigten Mitgliedern bestimmten Vorsitzenden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren i.S. der Promotionsordnung übernommen werden. Ist diese Person zugleich Mitglied der Promotionskommission, behält sie das Stimmrecht.
- (2) Die Wahl der Promotionskommission erfolgt durch die Vertreterinnen und Vertreter der Statusgruppen in der Philosophischen Fakultät anlässlich der konstituierenden Sitzung des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät für die Dauer der Amtszeit dieses Organs; für die studentische Vertreterin oder den Vertreter für die Dauer eines Jahres.

§ 5

Prüfungskommission

Die Prüfungskommission wird von der Promotionskommission eingesetzt. Sie besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Mitgliedern. Unter ihren Mitgliedern müssen sich befinden: die oder der Vorsitzende der Promotionskommission oder eine von ihr bzw. ihm benannte Stellvertreterin bzw. ein benannter Stellvertreter als Vorsitzende oder Vorsitzender und die Erstgutachterin oder Erstgutachter. Weiterhin gehören der Prüfungskommission die Zweitgutachterin oder der Zweitgutachter und ggf. weitere Gutachterinnen und Gutachter an.

§ 6

Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion

- (1) Die Promotion setzt den Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Studiums i. S. von § 6 Abs. 3 NHG und § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 NHG in einem promotionsrelevanten Studiengang an einer Hochschule voraus.
- (2) Eine Zulassung zur Promotion ist grundsätzlich auch dann möglich, wenn der zur Promotion qualifizierende Studienabschluss außerhalb des Fachgebiets der angestrebten Dissertation liegt. Der Promotionskommission ist in diesem Fall ein fachlich begründeter Antrag zur Entscheidung vorzulegen. Fehlende Studienleistungen im Fachgebiet der Promotion können nach Auflagen der Promotionskommission auch nach der Zulassung zur Promotion erbracht bzw. nachgeholt werden.
- (3) Das Studium muss mit überdurchschnittlichem Ergebnis abgeschlossen sein. Von diesem Erfordernis kann die Promotionskommission in fachlich begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

- (4) Personen, denen ein Bachelorgrad verliehen wurde, haben herausragende Abschlussnoten nachzuweisen. Außerdem werden Auflagen in Form einer Eignungsfeststellungsprüfung erteilt, die den Anforderungen eines in der Regel zweisemestrigen, zusätzlichen Studiums in der Fakultät entsprechen.
- (5) Eine Promovendin oder ein Promovend, der oder dem Auflagen erteilt wurden, hat eine Eignungsfeststellungsprüfung nach Abs. 6 oder eine Kollegialprüfung nach Abs. 7 abzulegen, um nachzuweisen, dass sie oder er die Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt, wie sie in einem abgeschlossenen Studiengang an der Leibniz Universität Hannover erworben werden können. In diesem Fall wird durch die Promotionskommission bei der Annahme als Promovendin oder Promovend ein Zulassungskollegium benannt, das aus drei Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern nach § 2 a), einschließlich einer oder eines Vorsitzenden besteht und das in der Regel innerhalb von vier Wochen die erforderlichen Prüfungen festlegt. Früher erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können angerechnet werden und Teile der Eignungsfeststellungsprüfung ersetzen.
- (6) Eine Eignungsfeststellungsprüfung ist nach den in der Fakultät gültigen Prüfungsordnungen abzulegen. Für eine Eignungsfeststellungsprüfung wird keine Note, sondern nur das Prädikat „bestanden“ oder „nicht bestanden“ vergeben. Eine nicht bestandene Eignungsfeststellungsprüfung kann einmal wiederholt werden.
- (7) Eine Kollegialprüfung wird vor dem Zulassungskollegium nach Abs. 5 abgelegt. Für die Kollegialprüfung wird keine Note, sondern nur das Prädikat „bestanden“, „nach Erfüllung von Auflagen bestanden“ oder „nicht bestanden“ vergeben. Im zweiten Fall legt das Zulassungskollegium eine weitere Eignungsfeststellungsprüfung fest. Kollegialprüfungen können nur aus wichtigem Grund, z.B. wegen einer krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit, wiederholt werden.
- (8) Die oder der Vorsitzende des Zulassungskollegiums überprüft die Erfüllung der Auflagen und teilt der Promotionskommission schriftlich das Gesamtergebnis mit
- (9) Ein im Ausland erworbener Hochschulabschluss gilt als gleichwertig, wenn er mit einem der in Abs. 1 genannten Abschlüsse gleichwertig ist. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit ist die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zu befragen. Falls eine Gleichwertigkeit nicht festgestellt wird, prüft die Promotionskommission, ob nach Erfüllung von Auflagen eine Gleichwertigkeit hergestellt werden kann.

§ 7

Gesuch auf Zulassung zur Promotion

- (1) Ein Gesuch auf Zulassung zur Promotion ist schriftlich an das Dekanat der Philosophischen Fakultät zu richten.
- (2) Dem Gesuch sind beizufügen:
- a) ein wissenschaftlicher Lebenslauf in tabellarischer Form;
 - b) ein amtlich beglaubigter Identitätsnachweis;
 - c) der Nachweis eines wissenschaftlichen Studiums von in der Regel acht Semestern, beglaubigte Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 6,
 - d) ggf. begründete Anträge auf Anrechnung von Auslandsstudiensemestern oder auf Befreiung von einzelnen Erfordernissen;
 - e) eine zwischen Promovendin oder Promovenden und Betreuerin oder Betreuer abgeschlossene Promotionsvereinbarung, ein von der Betreuerin oder dem Betreuer nach Kenntnisnahme gegengezeichnetes Exposé sowie ein vorläufiger Arbeits- und Zeitplan;
 - f) eine Erklärung über etwaige frühere Promotionsgesuche und gegebenenfalls eine Einverständniserklärung der Promovendin oder des Promovenden zur Einsichtnahme in diese Unterlagen;
 - g) eine Erklärung der Promovendin oder des Promovenden, ob sie oder er sich bereits erfolglos einer Doktorprüfung unterzogen hat;
 - h) gegebenenfalls der Antrag, die Dissertation in einer anderen Sprache als Deutsch oder Englisch vorlegen zu können;
 - i) gegebenenfalls der Nachweis der für einen Promotionsstudiengang unerlässlichen Sprachkenntnisse. Die Art des Nachweises wird durch die Promotionskommission bestimmt;
 - j) gegebenenfalls eine Mitteilung darüber, wenn die Dissertation publikationsbasiert verfasst werden soll (siehe § 9 Abs. 7).

§ 8

Zulassung zur Promotion

- (1) Das Dekanat entscheidet grundsätzlich über die Zulassung zur Promotion. In fachlichen Zweifelsfällen werden Anträge der Promotionskommission zur Entscheidung vorgelegt.
- (2) In von der Promotionskommission festgestellten Einzelfällen kann die Zulassung zur Promotion in Übereinstimmung mit der Promotionsordnung und der Geschäftsordnung der Promotionskommission, den „Leitlinien für gute wissenschaftliche Praxis“ sowie den „Leitlinien für eine gute Betreuung von Promovierenden“ der Leibniz Universität Hannover in der jeweils gültigen Fassung mit Auflagen verbunden werden.
- (3) Erfüllt die Promovendin oder der Promovend die Voraussetzungen zur Promotion, wird eine Zulassung ausgesprochen, die mit der Vorgabe verbunden ist, die Dissertation innerhalb von fünf Jahren fertigzustellen.
- (4) Die Verlängerung der Zulassung zur Promotion ist unter Angabe von Gründen und unter Einreichung einer Stellungnahme des Betreuers zu beantragen. Über den Antrag entscheidet die Forschungsdekanin bzw. der Forschungsdekan. Die Verlängerung wird für ein Jahr ausgesprochen. Bei Folgeanträgen ist zusätzlich ein aussagekräftiger Arbeitsbericht einzureichen, der von der Betreuerin/ dem Betreuer nach Kenntnisnahme gegenzuzeichnen ist. Dieser Arbeitsbericht soll eine Gliederung, ein Literaturverzeichnis sowie einen Zeitplan enthalten und die Arbeitsfortschritte dokumentieren. Über Folgeanträge entscheidet die Promotionskommission.
- (5) Als Verlängerungsgründe gelten unter anderem Kinderbetreuungszeiten, die Pflege von Angehörigen, Erkrankungen, Unfälle sowie das Vorliegen einer Behinderung.
- (6) Die Aussetzung der Laufzeit aus wichtigem Grund ist grundsätzlich möglich. Ein entsprechender Antrag ist an die Promotionskommission zu richten. Er bedarf in der Regel der schriftlichen Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers.
- (7) Eine vorläufige Zulassung für die Dauer von sechs Monaten wird ausgesprochen, wenn Promovendinnen oder Promovenden sich entscheiden zu promovieren, aber die erforderlichen Unterlagen noch nicht beibringen können. Die vorläufige Zulassung wird auf die auf fünf Jahre angelegte Zulassung angerechnet.
- (8) Entsprechend § 9 Abs. 2, Satz 4 NHG, sollen sich Promovendinnen und Promovenden als Promotionsstudierende einschreiben.

§ 9

Gesuch auf Eröffnung des Promotionsverfahrens

- (1) Das Gesuch auf Eröffnung des Verfahrens ist schriftlich an das Dekanat zu richten.
- (2) Dem Gesuch ist eine wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation) beizufügen.
- (3) Dissertationen, die in einer anderen als der deutschen oder englischen Sprache abgefasst werden, ist auf höchstens zwei Seiten eine deutsch- oder englischsprachige Zusammenfassung beizufügen.
- (4) Der Dissertation muss die eidesstattliche Erklärung beigefügt sein, dass die Promovendin oder der Promovend die Arbeit selbstständig verfasst und die benutzten Hilfsmittel vollständig angegeben hat.
- (5) Der Dissertation ist die Erklärung beizufügen, dass diese nicht schon früher als Prüfungsarbeit verwendet worden ist.
- (6) Die Seitenzählung der Dissertation soll durchgehend erfolgen.
- (7) In fachlich begründeten Fällen ist in Absprache mit der Betreuerin bzw. dem Betreuer die Vorlage mehrerer wissenschaftlicher Arbeiten zulässig, wenn dadurch die spezielle Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen wird (publikationsbasierte Dissertation). Die Absprache ist bereits in der Promotionsvereinbarung festzulegen. Eine publikationsbasierte Dissertation setzt sich zusammen aus mindestens drei thematisch zusammenhängenden Fachartikeln, davon mindestens einer in alleiniger Autorenschaft. Höchstens ein Artikel darf in Ko-Autorenschaft mit den Betreuern oder Betreuerinnen der Dissertation verfasst sein, mindestens ein Artikel muss zum Zeitpunkt der Einreichung ein Begutachtungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben und den fachüblichen Umfang aufweisen. Der thematische Zusammenhang der einzelnen Artikel ist von der Promovendin oder dem Promovenden in Form einer gesonderten Abhandlung (Rahmenschrift) schriftlich darzulegen. Sie bildet in Verbindung mit den eingereichten Fachartikeln die Dissertation. Insgesamt müssen die Artikel der wissenschaftlichen Leistung einer monographischen Dissertation als gleichwertig einzustufen sein.
- (8) Die Dissertation ist in drei identischen Exemplaren und einer elektronischen Version einzureichen, die mit einem nach den Vorgaben der Philosophischen Fakultät gestalteten Titelblatt versehen wurden. Ein Exemplar verbleibt im dauernden Besitz der Philosophischen Fakultät.

§ 10

Begutachtung der Dissertation

- (1) Die Dissertation dient dem Nachweis zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit und leistet einen Beitrag zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt.
- (2) Die Promotionskommission ernennt mindestens zwei und höchstens fünf Gutachterinnen bzw. Gutachter.
- (3) Die Gutachterinnen und Gutachter legen binnen dreier Monate die schriftlichen Gutachten vor. Die Gutachterinnen und Gutachter müssen die erbrachte Forschungsleistung sowie den daraus resultierenden wissenschaftlichen Fortschritt einordnen und bewerten. Die Noten sind fachlich nachvollziehbar zu begründen. Die Gutachten haben sich nach den Vorgaben des Wissenschaftsrates zu richten und sind unabhängig voneinander zu erstellen. Ist eine Gutachterin oder ein Gutachter nicht in der Lage, ihr oder sein Gutachten frist- oder formgerecht zu erstatten, so kann die Promotionskommission der Philosophischen Fakultät an ihrer oder seiner Stelle eine andere Gutachterin oder einen anderen Gutachter bestellen. Die ursprünglich bestellte Gutachterin oder der ursprünglich bestellte Gutachter gibt in diesem Fall ihr oder sein Exemplar der Dissertation alsbald an die Promotionskommission zurück.
- (4) Die schriftlichen Gutachten enden mit einem Antrag entweder auf Annahme oder Ablehnung der Dissertation. Im ersten Fall wird zugleich das Prädikat vorgeschlagen. Als Noten gelten: summa cum laude (rechnerisch 0), magna cum laude (sehr gut, rechnerisch=1), cum laude (gut, rechnerisch=2), rite (befriedigend, rechnerisch=3). Ein ablehnendes Gutachten entspricht der Bewertung „non sufficit“ und hat keine rechnerische Entsprechung. Das Prädikat „summa cum laude“ (rechnerisch=0) ist besonders herausragenden Leistungen vorbehalten und im Gutachten hinreichend zu begründen.
- (5) Ergibt sich aus den Gutachten und der Dissertation kein klares Gesamtbild bzw. entsprechen die Gutachten nicht den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Richtlinien in ihrer jeweils gültigen Fassung, kann die Promotionskommission ein weiteres bzw. weitere Gutachten einholen. Sofern nur zwei Gutachterinnen bzw. Gutachter bestellt wurden und beide die Dissertation mit dem Prädikat „summa cum laude“ bewertet haben, kann die Kommission weitere Gutachten in Auftrag geben.
- (6) Empfehlen alle vorgelegten Gutachten die Annahme der Arbeit, so errechnet sich deren Gesamtnote aus dem arithmetischen Mittel der vorgeschlagenen Einzelnoten. Liegt ein ablehnendes Gutachten vor, hat die Promotionskommission mindestens ein weiteres Gutachten in Auftrag zu geben. Liegt mehr als ein ablehnendes Gutachten vor, ist die Arbeit abzulehnen.
- (7) Die Dissertation und die Gutachten werden mindestens zwei Wochen für die Professorinnen und Professoren sowie habilitierte Mitglieder der Leibniz Universität Hannover aus den Fächern der Philosophischen Fakultät zur Einsichtnahme ausgelegt; eine Information hierüber erfolgt durch Aushang in den Instituten.
- (8) Fakultätsmitglieder gemäß § 2 a) können innerhalb dieser Frist einen formlosen Einspruch gegen die vorgeschlagene Beurteilung einreichen. Die Begründung dieses Einspruches ist der Promotionskommission spätestens in der zweiten auf das Ende der betreffenden Auslagefrist folgenden Sitzung in einer schriftlichen Stellungnahme vorzulegen. Diese Stellungnahme ist mit einer Bewertung gemäß Abs. 4 zu versehen.

§ 11

Annahme der Dissertation

- (1) Nach Ablauf der Auslage und Einspruchsfrist entscheidet die Promotionskommission über die Annahme oder Ablehnung der Dissertation.
- (2) Der Promovenden oder dem Promovenden ist die Annahme oder Ablehnung der Dissertation durch den Vorsitz der Promotionskommission mitzuteilen, im Fall der Ablehnung mit einer Rechtsbehelfsbelehrung. Eine Ausfertigung der Dissertation ist mit sämtlichen Gutachten zu den Akten der Philosophischen Fakultät zu nehmen.
- (3) Die Promovenden oder der Promovend erhält die Gutachten zusammen mit der Einladung zur mündlichen Prüfung. Die Gutachten dienen der Vorbereitung auf die Disputation.

§ 12

Rückgabe der Dissertation

- (1) Bei schwerwiegenden formalen oder inhaltlichen Mängeln der Dissertation kann die Promotionskommission entscheiden, dass die Dissertation zur Überarbeitung zurückgegeben wird. Mängel sowie Auflagen sind der Promovenden oder dem Promovenden in schriftlicher Form mitzuteilen. Zusätzlich erfolgt eine Rechtsbehelfsbelehrung. Ein Exemplar der eingereichten Dissertation verbleibt bei den Akten der Philosophischen Fakultät. Nach Wiedereinreichung der Arbeit innerhalb eines Jahres erstellen die von der Philosophischen Fakultät ernannten Gutachterinnen und Gutachter unter Berücksichtigung der erteilten Auflagen erneut Gutachten.

(2) Liegt die überarbeitete Dissertation dem Dekanat der Philosophischen Fakultät nicht binnen eines Jahres wieder vor, gilt die ursprüngliche Fassung als wieder eingereicht. Sollte die Einreichung innerhalb dieser Frist aus wichtigem Grund nicht möglich sein, ist ein begründeter Antrag an die Forschungsdekanin bzw. den Forschungsdekan zu richten.

§ 13

Rücknahme des Antrags auf Eröffnung des Verfahrens

Ein Antrag auf Eröffnung des Verfahrens kann zurückgenommen werden, solange noch kein Gutachten über die Dissertation vorliegt.

§ 14

Mündliche Prüfung

(1) Ist die Dissertation angenommen, so hat die oder der Vorsitzende der Promotionskommission alsbald eine mündliche Prüfung anzusetzen und Prüfungskommission und die Promovendin oder den Promovenden schriftlich zu laden. Die mündliche Prüfung soll frühestens zwei Wochen und spätestens acht Wochen nach Annahme der Dissertation stattfinden. Ist die Promovendin oder der Promovend nicht in der Lage, zum angesetzten Prüfungstermin zu erscheinen, so hat er oder sie dies der oder dem Vorsitzenden der Prüfungskommission umgehend unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

(2) Die mündliche Prüfung ist hochschulöffentlich. Die oder der Vorsitzende kann auf Antrag und mit Zustimmung der Promovendin oder des Promovenden weitere Gäste zulassen. Die Information über Prüfungs-ort und Prüfungstermin erfolgt durch Aushang in den Instituten.

(3) Die mündliche Prüfung findet in Form einer Disputation statt. Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission leitet die Disputation. Die Disputation dauert 90 Minuten und bezieht sich auf die Dissertation und den weiteren wissenschaftlichen Kontext des Fachgebietes der Promotion. Die Disputation wird mit einem Vortrag der Promovendin oder des Promovenden von etwa fünfzehn Minuten eingeleitet, der sich auf die Dissertation, die eingereichten Thesen und die Gutachten bezieht. Die oder der Vorsitzende kann Fragen anwesender Personen gemäß § 2 aus den Fächern zulassen.

(4) Die Promovendin oder der Promovend soll der Prüfungskommission zehn Tage vor dem Prüfungstermin Thesen zu ihrer oder seiner Dissertation einreichen. Die Disputation findet in deutscher oder englischer Sprache statt. Ausnahmen von letztgenannter Regelung kann die Promotionskommission auf Antrag der Promovendin oder des Promovenden zulassen.

(5) Unmittelbar nach der Disputation findet eine Sitzung der Prüfungskommission statt, in der diese darüber entscheidet, ob und mit welchem Ergebnis (Noten wie § 10 Abs. 4) die Disputation bestanden ist.

(6) Ist die Disputation bestanden, so errechnet die Prüfungskommission aus der Gesamtnote der Dissertation und der Note für die Disputation ein Gesamtprädikat, wobei die Dissertation doppelt gewichtet wird. Es können die Prädikate „rite“, „cum laude“, „magna cum laude“ und „summa cum laude“ erteilt werden. Beim Gesamtergebnis gilt ein Wert von 0,5 oder weniger als „summa cum laude“, von 0,51 bis 1,5 als „magna cum laude“, von 1,51 bis 2,5 als „cum laude“, von 2,51 bis 3,0 als „rite“.

(7) Versäumt die Promovendin oder der Promovend die Disputation, ohne dass hierfür unverzüglich wichtige Gründe schriftlich angezeigt werden, gilt die Disputation als nicht bestanden.

(8) Ist die Disputation nicht bestanden („non sufficit“), so kann sie innerhalb einer von der oder dem Vorsitzenden der Promotionskommission festzusetzenden Frist wiederholt werden. Die Disputation kann nur einmal wiederholt werden.

(9) Das Ergebnis der Disputation wird der Promovendin oder dem Promovenden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Prüfungskommission mitgeteilt.

(10) Die Promovendin oder der Promovend hat das Recht, nach bestandener mündlicher Prüfung den Titel Dr. des. (doctor designatus) zu führen.

§ 15

Erfolgreiche Beendigung des Promotionsverfahrens

Das Promotionsverfahren gilt als erfolglos beendet,

- a) wenn die Promotionskommission auf Grundlage der Promotionsordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung die Dissertation abgelehnt hat (§ 10 Abs. 4 ff);
- b) wenn die mündliche Wiederholungsprüfung nicht bestanden wurde oder
- c) wenn die Promovendin oder der Promovend auf eine Wiederholung der Disputation verzichtet oder die Frist zur Wiederholung verstreichen lässt.

Ist das Promotionsverfahren erfolglos beendet, so ist das Ergebnis der Promovendin oder dem Promovenden durch den Vorsitz der Promotionskommission zusammen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung schriftlich mitzuteilen.

§ 16 **Veröffentlichung der Dissertation**

- (1) Die Dissertation ist zu veröffentlichen. Als Veröffentlichung gelten außer dem Druck als selbstständige Schrift die in den Allgemeinen Richtlinien über die Ablieferung von Dissertationen an die Universitätsbibliothek (lt. Senatsbeschluss vom 12.2.1980, in der jeweils gültigen Fassung) genannten Publikationsformen.
- (2) Vor Drucklegung hat die Promovendin bzw. der Promovend die zur Veröffentlichung vorgesehene Version unter Erfüllung aller ggf. formulierten Auflagen der Erstgutachterin oder dem Erstgutachter zur Revision vorzulegen. Die Erstgutachterin bzw. der Erstgutachter bestätigt mit ihrer bzw. seiner Unterschrift die Erfüllung von Auflagen und damit die Publikationsreife.
- (3) Von der Dissertation sind Pflichtexemplare an die Philosophische Fakultät und die Universitätsbibliothek abzuliefern. Maßgebend für die Anzahl der Pflichtexemplare sind die für die Leibniz Universität Hannover jeweils geltenden Richtlinien des Senats und die ergänzenden Richtlinien der Philosophischen Fakultät.
- (4) Die Pflichtexemplare sind mit einem Titelblatt zu versehen, dessen Vorder- und Rückseite nach den Vorgaben der Philosophischen Fakultät zu gestalten sind. Des Weiteren sind in formaler Hinsicht die jeweils geltenden Richtlinien des Senats zu beachten. Dies gilt nicht für die im Buchhandel erscheinenden Exemplare der Dissertation.
- (5) Die Pflichtexemplare sollen innerhalb von zwei Jahren nach bestandener mündlicher Prüfung bei der Philosophischen Fakultät eingereicht werden.
- (6) Weist die Promovendin oder der Promovend etwa durch die Vorlage eines Verlagsvertrags nach, dass eine Veröffentlichung gesichert ist, so kann die Ablieferungspflicht um ein Jahr verlängert werden. In zu begründenden Ausnahmefällen können bei dem oder der Vorsitzenden der Promotionskommission weitere Verlängerungen beantragt werden.

§ 17 **Promotionsurkunde und Vollzug der Promotion**

- (1) Nach bestandener Prüfung wird der Promovendin oder dem Promovenden über das Bestehen der Prüfung und die von der Prüfungskommission festgesetzte Note für die Dissertation und die mündliche Prüfung eine vorläufige Bescheinigung ausgestellt.
- (2) Die Promotionsurkunde wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten der Leibniz Universität Hannover und der Dekanin oder dem Dekan der Philosophischen Fakultät eigenhändig unterzeichnet. Sie wird auf den Tag der mündlichen Prüfung datiert, jedoch erst ausgehändigt, nachdem die Promovendin oder der Promovend die Pflichtexemplare nach § 16 zusammen mit dem Revisionschein und Bescheinigung der Universitätsbibliothek über die Ablieferung der Pflichtexemplare eingereicht hat.
- (3) Die Promotion wird durch Aushändigung oder Zustellung der Promotionsurkunde vollzogen. Erst danach hat die Promovendin oder der Promovend das Recht, den Grad einer Doktorin oder eines Doktors zu führen.

§ 18 **Ehrenpromotion**

- (1) In Anerkennung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen kann die Philosophische Fakultät mit Zustimmung des Senats der Leibniz Universität Hannover den Grad einer Doktorin oder eines Doktors der Philosophie Ehren halber (Dr. phil. h.c.) als Auszeichnung verleihen.
- (2) Zum Zeitpunkt der Verleihung der Ehrendoktorwürde darf die zur Auszeichnung vorgeschlagene Person weder Mitglied noch Angehörige bzw. Angehöriger der Leibniz Universität Hannover sein.
- (3) Ein entsprechender Antrag ist von mindestens fünf Personen aus den zur Philosophischen Fakultät gehörenden Fächern bei der Forschungsdekanin bzw. dem Forschungsdekan der Philosophischen Fakultät zu stellen. Der Antrag ist mit Begründung allen Fakultätsratsmitgliedern, allen Mitgliedern der Promotionskommission und allen Professorinnen und Professoren, die der Philosophischen Fakultät angehören, mitzuteilen. Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät entscheidet über den Antrag mit mindestens drei Vierteln seiner stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 1 der Ehrenordnung der Leibniz Universität Hannover im Benehmen mit dem Senat.

(4) Die Ehrenpromotion erfolgt durch Überreichung einer von der Präsidentin oder dem Präsidenten und der Dekanin oder dem Dekan unterzeichneten Urkunde, in der die Verdienste der oder des Promovierten hervorzuheben sind.

(5) Von der Ehrenpromotion sollen alle wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland benachrichtigt werden, außerdem soll Anzeige an das für die Hochschulen zuständige Ministerium erfolgen.

§ 19

Ungültigkeit der Promotionsleistungen

Ergibt sich vor der Aushändigung oder Zustellung der Promotionsurkunde, dass sich die Promovendin oder der Promovend bei ihren oder seinen Promotionsleistungen einer Täuschung schuldig gemacht hat oder dass wesentliche Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion irrigerweise als gegeben angenommen worden sind, so kann die Philosophische Fakultät die Promotionsleistungen für ungültig erklären. Die erneute Durchführung eines Promotionsverfahrens an der Fakultät ist in diesem Fall unzulässig.

§ 20

Entziehung des Doktorgrades

Die Entziehung des Doktorgrades richtet sich nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

§ 21

Erneuerung der Promotionsurkunde

Die Promotionsurkunde kann zum fünfzigsten Jahrestag der mündlichen Prüfung auf Beschluss der Philosophischen Fakultät erneuert werden, wenn dies mit Rücksicht auf besondere wissenschaftliche Verdienste oder auf eine besonders enge Verbindung der Jubilarin oder des Jubilars mit der Hochschule angebracht erscheint.

§ 22

Inkrafttreten und Übergangsregelung

(1) Diese Promotionsordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch das Präsidium der Leibniz Universität Hannover am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Leibniz Universität Hannover in Kraft.

(2) Für die Promovendinnen oder Promovenden, die nach der früheren Promotionsordnung der Philosophischen Fakultät zugelassen wurden, gilt eine Übergangsfrist bis zum 1.10.2018, während der die Promotion noch nach den Bestimmungen der Promotionsordnung vom 5.1.2010 möglich ist. Auf Antrag kann die Promotionskommission hierzu Ausnahmen zulassen.